

Wacht Tage vor Landtagsbeginn

Dresden, 8. Januar 1929.

Wie wir erfahren, hat das Landtagspräsidium jetzt die Tagesordnung für die erste Sitzung im neuen Jahre am 15. Januar festgesetzt. Zunächst kommen die sozialistischen und kommunistischen Anträge auf Ungültigkeitserklärung der Landtagswahl vom 31. Oktober 1928 und Landtagsauflösung zur Verhandlung, weiter die Vorlagen über ein neues Umzugsgesetz, über die Änderung des Gesetzes über die Handels- und Gewerbebeamten und endlich über den Verkauf des Staatsforstreviers „Das Seidenholz“ an die Stadt Chemnitz.

Mit Wiederaufnahme der Landtagsarbeit wird auch die Frage der Nachfolgerschaft des Volksbildungsministers Dr. Kaiser akut. Heute mittag fanden vertrauliche Besprechungen zwischen dem Ministerpräsidenten und Vertretern der Deutschen Volkspartei und der Demokraten über diese Nachfrage statt. Die Verhandlungen über diese Nachfrage sind vertraulich. — Anfang nächster Woche wird, wie wir hören, auch eine Sitzung des interfraktionellen Ausschusses der beiden Parteien stattfinden, die sich mit der gleichen Angelegenheit befassen dürfte. Es besteht wenig Aussicht dafür, daß die Demokraten ihren Widerstand gegen die Ernennung Dr. Dickmanns zum Volksbildungsminister aufgeben werden.

Die wichtigste Frage, mit der sich der Landtag in dem beginnenden Tagungsabschnitt zu befassen haben wird, dürfte die bevorstehende Auseinandersetzung zwischen dem Staat und Kirche sein. Der Wortlaut der Gesetzentwürfe, die die Regierung dem Landtag zuleiten will, liegt bis heute noch nicht vor, so daß man zu den Einzelheiten auch noch nicht Stellung nehmen kann. Aller Voraussicht nach wird sich um diese Frage im Landtage eine scharfe Auseinandersetzung entwickeln, doch ist anzunehmen, daß die Gesetzentwürfe schon von

seiten des Kabinetts so gründlich vorbereitet worden sind, daß ihre Annahme zunächst durch die Koalitionsparteien nicht zweifelhaft sein kann. Sobald uns der Wortlaut dieser Regierungsvorlagen zugegangen ist, wird näheres zu der Sache zu sagen sein.

Ein weiteres belebendes Moment für die Landtagsarbeit dürfte die fortgeschrittene Säuberungsaktion in der kommunistischen Partei bedeuten, die neuerdings bekenntlich zum Ausschluß der Abgeordneten Böttcher und Lieberach aus der SPD. geführt hat. Dieser Ausschluß geht zurück auf den Dezemberberuf des Moshauer Exekutivkomitees, der sich gegen die Anhänger des „gemäßigten“ Flüglers der SPD, um Brandler und Thalheimer wandte. Er beweist, wie reibungslos die kommunistische Parteidiktatur funktioniert — und zwar fernzielbewußt bis nach Sachsen hinein. Daß haben sich der einstige Finanzminister des Feignerkabinetts und der Vertrauensmann der kommunistischen Fraktion im Landtagspräsidium wohl nicht träumen lassen, daß sie so schnell von dem Banne Moshaus getroffen werden würden, desgleichen Moshau, dem sie mit Aufbietung aller radikalen Kräfte selbstlos gedient haben und das nun plötzlich von diesen beiden Parteigrößen nicht mehr wissen will, weil sie sich nicht mehr revolutionär genug gebürden. Wir sind zwar überzeugt, daß die Abgeordneten Böttcher und Lieberach — die den Altsozialisten so gern das Kleben am Mandat vorhielten — auf den Befehl der Partei, ihre Mandate niederzulegen, überhaupt nicht reagieren werden. Aber das tut nichts zur Sache. Die beiden Exkommunisten werden schon dafür sorgen, daß die Landtagsitzungen nicht allzu ruhig und schlicht dahindämmern, und die SPD wird sich freuen, daß sich künftig nicht mehr die ganze kommunistische Redeflut über ihre Köpfe ergießen, sich vielmehr schon an den Wellenbrechern Böttcher und Lieberach genügend ausleben wird.

Die offizielle deutsche Außenpolitik hat sie eben so gestellt. Ebenso klar und deutlich war letzten Endes das Nein, das das Ergebnis der Septemberberatungen des vorigen Jahres im Genf gewesen ist. Ich verspreche mir nichts von der demonstrativen Weiterbehandlung der Räumungsfrage in der Öffentlichkeit des deutschen Volkes, und vor allem das deutsche Volk hier am Rhein ist gar nicht so ungeduldig wie manche an anderer Stelle, wo man wenig unter den Auswirkungen der Besatzung leidet. Die Haltung des deutschen Volkes gegenüber der Gegenseite sollte im Augenblick weniger die einer aufgeregten Demonstration und Opposition sein als die einer würdevollen Klärung. Die Dinge stehen doch so, daß nach den Erklärungen der Gegenseite ein wirkliches Fortwärtstkommen in der Räumungsfrage und auch in anderen Fragen gar nicht zu erwarten ist, wenn nicht in der Reparationsfrage greifbare und abschließende Lösungen erzielt werden. Der Bericht Parker Gilberts zeigt uns aber, daß wir in der Reparationsfrage eigentlich noch ganz am Anfang der Debatte stehen. Wenn wir auch den ehrlichen Willen zur Erfüllungspolitik haben, im Interesse unseres Landes und darüber hinaus im Interesse einer vernünftigen und gesunden Weiterentwicklung der weltwirtschaftlichen Zusammenhänge müssen wir jeder Forderung, bei der nach unserer Ueberzeugung unsere Leistungsfähigkeit überschritten wird, ein klares und männliches Nein entgegenzusetzen.

Für Verkehrsverbesserungen in Thüringen

Gera, 8. Januar.

Auf Einladung der Verkehrsinteressengemeinschaft fanden sich am Donnerstag, den 3. Januar in Gera Vertreter der sächsischen bzw. staatlichen Verwaltungsbehörden aus Bremen, Hamburg, Hannover, den sächsischen Reichsbahnen und sächsischen Städten, Vertreter der deutschen Reichsbahn, der sächsischen Reichsbahn, der Handelskammer und der großen Schiffahrtslinie Hapag und Land zu einer Konferenz zusammen. Im Mittelpunkt der Besprechungen stand die Frage der Einrichtung einer durchgehenden D-Zug-Verbindung von Hamburg über Bremen, Hannover, Göttingen, Weimar, Gera, Bad Elster, Bad Brambach, Prag nach Wien. Der Sonderausflug kam zu folgender Entscheidung:

Die am 3. Januar 1929 zu einer Besprechung in Gera erschienenen Vertreter der namhaften Organisationen und Gemeinwesen der drei Länder Ostpreußen, Pommern und Mecklenburg-Vorpommern, die umgehende Herstellung einer Schnellzugverbindung Hamburg-Bremen-Hannover-Mühlhausen-Erfurt-Weimar-Gera-Blauen-Bad Elster-Franzenbad-Eger-Marienbad-Pilsen-Prag-Wien in Anbetracht der gesamten Wirtschaft aller drei Länder für unumgänglich erforderlich und bitten dringend die beteiligten Eisenbahnerverwaltungen, diese Verbindung noch im kommenden Fahrplan, jedenfalls aber so bald als möglich, einzurichten. Da u. a. die Möglichkeit besteht, daß dieser Anschluß, der bereits vor dem Kriege bestand, mit einer neuen Zugleistung von 300 Kilometer täglich hergestellt wird, so wird erwartet, daß dieser volkswirtschaftlichen Notwendigkeit Rechnung getragen wird.

Von der folgenden Aussprache sind noch die Ausführungen des Bürgermeisters von Weimar, Dr. Fischer, bemerkenswert, der besonders die Notwendigkeit guter Anschlüsse nach Thüringen und die Sonderbelange Weißthaus betonte.

*** Fahrpreisermäßigung bei Verwendung erholungsbedürftiger Kinder aufs Land.** Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft hat auf Veranlassung des Reichsverkehrsministers zur Milderung der sich aus der Tarifschöpfung für die Verwendung erholungsbedürftiger Kinder aufs Land ergebenden Folgen die in Frage kommenden Tarifbestimmungen dahin geändert, daß die Kinder in Elbfähren, in der Regel, und in Schnellzügen zum halben Zuschlag befördert werden. Hiermit ist im wesentlichen der frühere Tarifzustand wieder hergestellt worden.

Kaas spricht in Rüdeshelm

Rüdeshelm, 6. Januar. (W.T.B.)

Auf dem Parteitag der nassauischen Zentrumspartei hielt heute in einer großen öffentlichen Kundgebung der neugewählte Führer der Zentrumspartei, Prälat Dr. Kaas, eine große programmatische Rede.

Er nahm zunächst zur Erweiterung der Regierungskoalition Stellung: Es hat kaum einen Augenblick in der Nachkriegszeit gegeben, wo eine starke, in sich gefestigte, auf einem einheitlichen programmatischen Willen sich aufbauende Regierung so notwendig war wie jetzt. Darum gibt es für uns nur den Weg der grundsätzlichen Bereitschaft zur Großen Koalition. Jedoch in dem Augenblick da staatspolitisch, steuerpolitisch, wirtschaftspolitisch und sozialpolitisch eine Menge Fragen sich aufdrängen, für die noch keine geeigneten Lösungen vorliegen, wäre es von der Zentrumspartei geradezu tollkühn und unverantwortlich, wenn sie in die Regierung eintreten wollte, ohne vorher zu fragen, wohin der Weg gehen soll.

Prälat Dr. Kaas kam sodann auf die Notlage der Landwirtschaft und der Winzer zu sprechen. Es gelte, der Verprotetarisierung und der Landflucht des deutschen Bauern entgegenzutreten. Zu keiner Wahl auf dem Kölner Parteitag erklärte er u. a.: Sie wissen, daß verflucht worden ist, meine Wahl zum Parteiführer so hinzustellen, als ob in ihr eine gewisse

Tendenz gegen die in der Zentrumspartei vertretene Arbeiterschaft erblickt sei. Nicht gegen den Arbeiter, nein, mit dem Arbeiter hat die Zentrumspartei bisher ihre Mission erfüllt, und ich denke nicht daran, der Richtung unserer politischen Arbeit auch nur im entferntesten diese Tendenz unterzulegen zu lassen. Diejenigen, die von der Seite aus eine Aufspaltung des Zentrumsturmes, eine Aufspaltung der Zentrumselnigkeit erwarten, werden in ihren vorläufigen Erwartungen enttäuscht werden. (Beifall.)

Der Redner ging dann auf außenpolitische Fragen über. Sie wissen, daß meine Auffassung über den Gang der deutschen Außenpolitik sich in den letzten Jahren in gewissen tatsächlichen Dingen teilweise erheblich von dem offiziellen Gang dieser Dinge unterschieden hat. Aber nichts ist falscher, als wenn die Dinge so hingestellt werden, als ob ich mich langsam zu einem grundsätzlichen Gegner der Locarnopolitik entwickeln wolle. Gewisser Kreise an führender und verantwortlicher Stelle hat sich eine Art von Erfolgshunger bemächtigt, der für die Sache selbst nicht günstig ist. Wer nicht warten kann, bis die Früchte von selbst reifen, kommt zu unglücklichen Handlungen. Erwarten Sie nicht von mir, daß ich hier am deutschen Rhein mit Nachdruck, mit stürmischer Ungebild zum so und so vielen Male die Räumungsforderung wiederhole. Das deutsche Volk hat diese Forderung laut und deutlich gestellt.

Theater als Zeitgeist

Ein Rückblick und ein Ausblick

Wer seine Zeit leben und erfüllen will, muß ihren besonderen Sinn erkennen. Selten ist das notwendiger, selten aber auch schwieriger gewesen als gerade im heutigen Deutschland. Selbst in den Tagen des Umsturzes und in den dicht darauf folgenden Jahren war es leichter, weil damals noch aller Sinn eindeutig auf die Ueberwindung der ärgsten Nachkriegswunden gerichtet war. Revolution bringen immer zunächst eine vereinfachte Sinngebung. Aber wer heute genauer zuhört, entdeckt doch, daß bei uns schon im Umsturz selbst dank der Aufmerksamkeit unserer Väter, der Kunst zur Neubildung, die Reimlegung des kommenden Staates lag. Der zerschlagene Schlag ist aufgeflogen und ins positive Schöpferische umgebogen worden. Nicht wie im Jahre vorher in Russland, wo die Revolution kategorisch den Rahmen festsetzte, zwischen den sich alles Neue in Zukunft einzufügen hatte. Unsere Verfassung ist eben von ihren Schöpfern nicht als kategorischer Imperativ, sondern als Aufgabe gemeint, sie steht stützernde Grenzen, zwischen denen sich das Leben nach den ihm innewohnenden Gesetzen entfalten kann. Und so lange sie sich erfüllen will, muß diese Gestalt unser nationales Leben beherrschen.

So ist denn seitdem der unermüdbare Prozeß im Gange, an dem wir alle, fördernd oder hemmend, freiwillig oder unfreiwillig, beteiligt sind: Der Werdegang eines neuen deutschen Volkes. Es ist ein Prozeß, der alle Schichten erfährt, sie aus ihrer Isolierung reißt und sie hineinstellt in den lebendigen Organismus Republik. Er umfaßt aber auch alle Lebensgebiete, erhöht ihre Tätigkeit und setzt ihnen vor allem das Ziel aller wirklichen Demokratie: Dienst am ganzen zum Wohle aller.

Daß in diesem Prozeß das Theater einen neuen, einen höchst eigenartigen Sinn empfangt, ist nur von wenigen bisher erkannt worden. Noch lassen die wirtschaftlichen Schwierigkeiten immer wieder andere als rein geistige Orientierungspunkte im

Vordergrund stehen. Aber man muß versuchen, etwas durch diese Hindernisse hindurchzusehen, um zu erkennen, wie wichtig die Bühne heute für die Volkwerdung ist.

Das Wesen der dramatischen Kunst ist es, Kräfte und Gegenkräfte lebendig zu machen, gegeneinanderzustellen, sich auslösen und sich zu einem Dritten, Gemeinamen mobil zu machen. „Die Vertreter, die die Welt bedeuten“, bedeuten in einem Volke mit neuem, jungem Staatswillen zunächst seine Welt. Und es liegt weiter im Wesen der Spielkunst, daß ihre Welt eine beschwingtere Rhythmis und damit sichere (nicht immer leichtere!) Lösungen und Erfüllungen kennt. Kunst ist erhöhtes Leben. Und jeder Versuch in ihrem Bereich Wirklichkeiten zu kopieren, zu imitieren, muß in sich scheitern.

Gerade die Kunst der Bühne entfaltet allseitige Kräfte des Menschlichen. Troßdem darf nicht übersehen werden, daß das Theater nur in seinen Grenzen am Umbildungsorgang unseres Volkes beteiligt werden darf. Auch bleibt zu untersuchen, ob ihre Funktion darin mehr aktiv oder mehr passiv gedacht werden muß.

Bis jetzt ist es noch so, daß der Neubildungsprozeß, der im politischen Leben den radikalen Charakter bei uns gleich in neuer aufstrebender und schöpferischer Tun umbildete, daß der sein revolutionäres Element gleichsam hinüberzog ins Geistige. Es gab bis vor kurzem kaum einen Roman, kaum einen Film oder ein Drama von Wichtigkeit, das seine Bedeutung nicht seinem eindeutigen Willen, eine neue Welt zu sehen, verdankte. Erst jetzt beginnt man langsam wieder einzusehen, daß die Kunst ihre eigenen Aufgaben hat, so gänzlich verschieden von denen der Pädagogik, denen der Politik.

Es muß auch in den geistigen Provinzen wieder vor die Arbeit die Einheit in den Sinn des Lebensgeheimnisses treten. Es muß im Bezirk des Menschlichen die Rangfolge wieder begriffen werden, die aller wirklichen Kunst die Hoheit verleiht.

Ein Rückblick auf das letzte Jahr zeigt, daß wir darin noch tief im Gärungsprozeß stehen. Gerade 1928 waren die Gegensätzlichkeiten und die Vielheiten im Bühnenbereich be-

sonders auffällig und erschreckend. Es gibt zu denken, wenn im Januar noch Piscator seinen „Brand Soldaten Schweig“ inszenieren konnte mit großem Erfolg, wenn in der Mitte des Jahres Lehners Staatstheater-Aufführung von Hauptmanns „Webern“ den Höhepunkt darstellten, und wenn aus den Premieren der neuen Winterpielzeit Bruders „Verbrecher“ im Deutschen Theater hervorzogen. Jeder Versuch, aus einem dieser drei Faktionen den Sinn des Gegenwartstheaters herleiten zu wollen, führt zu den seltsamen Widersprüchen. Und doch sind alle drei wirklich, jedes Theater ein gegebenes, besteht von der heute wichtigsten Bühnenaufgabe: Im Bereich darstellender Kunst die Lebensfragen unseres Volkes durchzudenken und zu einer Lösung vorzutreten.

Daß man sich heute häufig mit der Erfüllung nur des ersten Teiles dieser Forderung begnügt, spricht besonders sympathisch für die geistige und künstlerische Unzulänglichkeit, in der wir vorläufig noch stehen. Wir leiden an einer Ueberfülle von Standpunkten und es fehlen zunächst die klaren Gedankensysteme, die um sich eine Welt, und sei es auch nur eine Theaterwelt, aufbauen können. Vor allem aber fehlen große dichterische Persönlichkeiten, deren Inneres Raum und Kraft genug hat, das Lebendige allseitig zu erfassen, zu erleben und darzustellen. Rehfischs „Frauenarzt“, der den 218. verlebigen will, war ein sprechendes Beispiel für die Oberflächendramatik dieser Art. — Noch bedauerlicher bleiben solche Stücke, die bewußt im Gewand geistreicher Einfälle dem entgegenkommen, was das breite Publikum gern sieht und hört, — von Hasenclevers „Ehen werden im Himmel geschlossen“ bis hin zur komischen Oper.

Auf keinen Fall können sich aber die Aufführungen vor dem geistigen Forum der res publica verteidigen, die das Theater zum Podium politischer und weltanschaulicher Propaganda erniedrigen, die aus der Bühne die lebendige Zeitung machen wollen. (Beispiel: Die mißglückte Versuchsaufführung der Sinclair'schen „Singen den Galgen singe“!)

Wir müssen jeden Schrei ertragen lernen, wenn er aus ehrlich verwundeten Herzen kommt, Schäferdits „Mörder